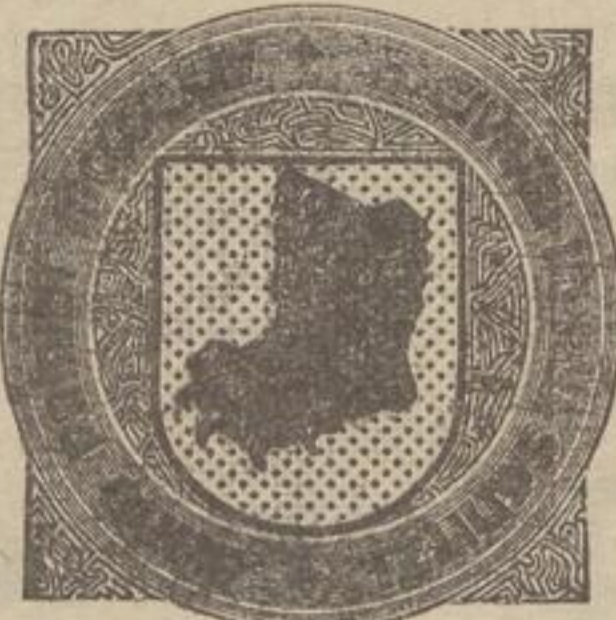


Pulsnitzer Anzeiger

Dhormer Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: Bei Abholung 14 tgl. 1.-RM., frei Haus 1.10 RM. einschl. 12 bez. 15 Pf. Trägerlohn. Postbezug monatl. 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsanfrage für Abholer täglich 5-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 5 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimanteil, Sport u. Anzeigen: Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil: Walter Mohr, Pulsnitz. Geschäftsstelle: Nur Adolf-Sittler-Straße 2 — Fernruf nur 331

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Ramenz, der Bürgermeister zu Pulsnitz und Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr 30

Montag, den 5. Februar 1940

92. Jahrgang

Die allgemeinen Balkanprobleme

Keine Kündigung des Balkanpaktes

Der Ständige Rat der Balkan-Entente trat Sonnabend um 11 Uhr zu einer neuen zweitägigen Sitzung zusammen. Wie von unterrichteter jugoslawischer Seite verlautet, wurde dabei die Aussprache über die Beziehungen zu den Nachbarstaaten sowie über allgemeine Balkanprobleme fortgesetzt. Außerdem soll auch die formale Feststellung getroffen worden sein, daß keiner der Mitgliedstaaten bis 9. Februar 1940 den Balkanpakt kündigen wird, der bekanntlich bis 9. Februar 1940 läuft und sich bei Nichtkündigung um weitere sieben Jahre, also bis 9. Februar 1948, verlängert.

Bekanntnis zur Neutralität

Auf dem Galadiner des Balkanbundes in Belgrad betonte der jugoslawische Außenminister Cincar Marowitsch in seiner Rede, daß die Staaten des Balkanbundes diesem wertvollen Instrument des Friedens und der Zusammenarbeit auf dem Balkan treu bleiben wollten. Er bedauerte die Auseinandersetzungen in Europa und folgerte daraus, daß die Balkanstaaten die Pflicht hätten, doppelt vorichtig zu sein, um den Balkan vor

den Kriegswirren zu bewahren. Schon vor Ausbruch des Konfliktes hätten die Staaten des Balkanbundes den Wunsch ausgedrückt, unter der einzigen Bedingung neutral bleiben zu wollen, daß ihre Unversehrtheit und Unabhängigkeit nicht in Frage gestellt werde. Mit Freuden könnten sie heute feststellen, daß diese friedliebenden Anstrengungen bisher gute Ergebnisse gezeitigt hätten. Mit besonderer Befriedigung könne man auch die Übereinstimmung Bulgariens und Ungarns mit der Friedenspolitik des Balkanbundes feststellen. Ebenfalls sei die Anerkennung der wertvollen Beiträge Italiens zur Erhaltung des Friedens in Südosteuropa.

Der Staatspräsident des Balkanbundes und rumänische Außenminister Călinescu betonte in seiner Antwortrede ebenfalls die Entschlossenheit der Balkanstaaten, neuen wichtigen Prüfungen zu entgegen. Diese Staaten hätten auch die berechtigte Hoffnung, daß ihre Neutralität, die niemand schaden und allein der allgemeinen Interessen diene, loyal von anderen Staaten respektiert werde. Zum Schluß hob Călinescu noch hervor, daß die vier Staaten des Balkanbundes ihre Friedenspolitik fortsetzen wollten und sich zugleich ihrer militärischen Kraft bewußt seien.

Neue Krise in den britisch-irischen Beziehungen

Nach Meldungen aus Dublin beginnt sich eine neue Krise in den britisch-irischen Beziehungen anzubahnen. In ganz Irland hat ein Feldzug eingelegt, durch den das irische Volk Großbritannien zwingen wolle, die beiden in England zum Tode verurteilten Eren Barnes und Richards zu begnadigen. Verschiedene irische Organisationen haben bereits begonnen, durch Rundfunksendungen in allen Städten Irlands zu Massenversammlungen zugunsten der Opfer der britischen Wutjustiz aufzurufen. Es soll auch von irischer Seite ein Appell an Roosevelt gerichtet worden sein, damit er sich für die Begnadigung der beiden Verurteilten bei der englischen Regierung einsetze.

Ausdehnung der indischen Unruhen

Die „Times“ meldet u. a. aus Delhi, die feindselige Aktivität in Waziristan, von der unlängst gesagt worden sei, daß sie abgenommen habe, sei erneut im Gange. Das ganze System der „Befriedung“ dieses Gebietes werde jetzt von den Engländern erneut „geprüft“. Der Gouverneur der nordwestlichen indischen Grenzprovinz, Sir George Cunningham, sei in Delhi eingetroffen, um dort Besprechungen mit der Regierung zu führen. Die Behörden hätten bereits beschlossen, in Zukunft härter vorzugehen und die Grenztruppen zu verstärken. Der Brandherd der gegenwärtigen Unruhen dehne sich jetzt im Norden Indiens bis zum Ahmadzi-Bezirk aus.

Der Londoner Rundfunk „entdeckt“ Monopole in Polen

Die englische Grenzpropaganda hat sich daran gewöhnt, alle Meldungen aus den von Deutschland besetzten polnischen Gebieten mit einer deutschfeindlichen Spitze zu versehen und so die natürlichsten Dinge als „deutsche Greuel“ in die Welt hinauszufunkeln. Besonders ahnungslos sind die englischen Nachrichtenfabrikanten auf wirtschaftlichem Gebiet, weil sie hier bisher immer auf die deutschen Angaben angewiesen waren und den Polen selbst niemals trauten. Jetzt hat der Londoner Rundfunk entdeckt, daß in Polen Monopole für Tabak, Spiritus, Salz und Zündhölzer bestehen. Prompt wird eine Meldung fabriziert, daß die deutsche Verwaltung diese Monopole eingeführt habe. In Wirklichkeit sind diese Monopole aber eine Errundenschaft der polnischen Herrschaft, meist nach altösterreichischem Muster geschaffen, und werden vorläufig weitergeführt, weil die ganze Verlorenung mit diesen Gegenständen bei einer plötzlichen Aenderung ins Stocken geraten müßte. Deutschland hat aber ein Interesse daran, daß die Verlorenung auch der polnischen Bevölkerung nicht gestört wird, und läßt deshalb möglichst viele polnische Einrichtungen bestehen.

Wo bleibt die britische Seeherrschaft?

Der Stolz der englischen Handelsflotte, die „Queen Mary“ sowie der französische Riesendampfer „Normandie“ liegen seit nunmehr vier Monaten untätig in New York. Die beiden Oceanriesen, die von der Autostraße am Hudson weithin sichtbar sind, lassen tausende amerikanische Autofahrer täglich erneut die Frage nach der Berechtigung des englischen Anspruches auf unbeschränkte Seeherrschaft aufwerfen. Außerdem liegt bereits seit vielen Wochen die „Mauretania“ in New York, wo sie und die „Queen Mary“ „New York Times“ zufolge voraussichtlich bis Kriegsende bleiben werden. Die Beanspruchung der Pieranlagen durch diese zur Untätigkeit verdamnten Schiffe zwingt die Cunard-Linie jetzt, von der Stadt New York zwecks Abfertigung kleinerer Frachter zusätzliche Piers zu mieten.

Keine finnischen Flugzeugangriffe, keine russische Offensive

Die russische Telegraphenagentur TASS veröffentlicht folgendes Dementi des Generalkommandos des Leningrader Militärbezirkes:

1. Agenten im Solde der Feinde der Sowjetunion verbreiten in der Auslandspresse das Gerücht, daß finnische Flugzeuge Angriffe auf Gebiete der Sowjetunion unternommen, und daß sie in Kronstadt sowjetische Kriegsschiffe mit Bomben belegt hätten, daß letztere in Brand ständen usw. Der Generalkommandant erklärt, daß alle diese Gerüchte in allen Teilen erfunden sind.

Die Schulreform abgeschlossen

Dr. Rust über den Schulaufbau der Gegenwart

Zum Abschluß der nationalsozialistischen Gesamtschulreform, die in erster Linie die persönliche Arbeit des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung ist, gab Reichsminister Rust einem Schriftleiter der „Niederländischen Tageszeitung“, Hannover, eine Reihe wichtiger Erläuterungen zur nationalsozialistischen Erziehungsarbeit.

Mit Hilfe zahlreicher Einzelarbeiten ist aus der System-schule so schnell wie möglich all das entfernt worden, was im nationalsozialistischen Staat untragbar war, — das fügen wir zur sachlichen Unterrichtung ein. Und aus der Fülle dieser Einzelarbeiten ist langsam ein System entstanden, das, ausgegliedert in Volks-, Mittel- und höhere Schule, nun ein Erziehungssystem darstellt, das, ohne auf bestimmte Berufe vorzubereiten, doch auf das Arbeitsleben des Volkes und seine Gliederung ausgerichtet ist. Die Reform begann mit der höheren Schule. Wehrmacht und Wirtschaft drängten auf eine Verkürzung der Schulzeit, um schneller Menschen zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung zu haben. Andererseits mußte so schnell wie möglich in einem Chaos von über 40 Schulsystemen Ordnung geschaffen werden. Die Verkürzung um ein Schuljahr und die Schaffung einer einheitlichen deutschen Oberschule wurden bereits zu Ostern 1938 eingeführt. Noch im gleichen Jahr erschienen die zugehörigen Lehrpläne. Die höhere Schule hat die Aufgabe, die Angehörigen der späteren Leistungsschicht in der Hauptsache auf das akademische Studium vorzubereiten.

Ostern 1939 wurde die neue Organisationsform der grundständigen Mittelschule eingeführt. Allein in Preußen wurden rund 850 neue Mittelschullehrerstellen geschaffen. Länder wie Sachsen, Württemberg und Baden führten sofort diesen neuen Schultyp, den sie bisher überhaupt nicht kannten, ein, und auch ein Industriebezirk wie Rattowitz, richtete sofort sieben Mittelschulen ein, um den Anforderungen der Wirtschaft zu genügen. Selbstverständlich hat dabei die Tatsache eine Rolle gespielt, daß durch einen Erlaß vom 28. Februar 1939 den Schülern mit abgeschlossener Mittelschulbildung der Eintritt in die gehobene mittlere Laufbahn der Staatsverwaltung und der entsprechenden Berufe der Wirtschaft eröffnet worden ist.

Die Volksschule bedurfte keiner organisatorischen Umformung. Bei ihr mußte der äußere Rahmen vielmehr durch einen neuen Inhalt ausgefüllt und all das mußte beseitigt werden, was nicht mehr mit dem nationalsozialistischen Erziehungsziel vereinbar war.

Reichsminister Rust erklärte, daß vor allen Dingen die Wirtschaft (im Rahmen des Vierjahresplanes) ganz besondere Forderungen auf eine schnelle Ausbildung stellte. Der Krieg nun erhöhte alle diese Forderungen noch einmal um

ein Vielfaches. Wenn Deutschland durch seine Waffen eine neue Ordnung in der Welt eingeführt haben wird, dann müssen auf jeden Fall auch Menschen mit einer entsprechenden Ausbildung und einer Leistungsfähigkeit einjährig bereit stehen. Der Krieg hat also die Schule gleichsam in den Mittelpunkt der inneren politischen Interessen gerückt, weil sie die Grundlage einer zukünftigen deutschen Weltgeltung ist nach dem Grundsatz, daß die Schule von heute die Wirtschaft von morgen darstellt.

Korrekttes Verhalten der deutschen U-Boote

Ueber den Untergang des Dampfers „Canadian Keeser“ der Kopenhagener Reederei Lauritzen vor Kap Finisterre am 18. Januar wurde am Sonnabend vor dem Kopenhagener See- und Handelsgericht verhandelt. Ein dem Gericht vorgelegter gemeinsamer Bericht des Kapitäns, des Ersten Steuermanns und des Ersten Maschinenmeisters der „Canadian Keeser“ über ihre Verletzung stellte eine unbefangene Widerlegung der immer wieder von englischer Seite verbreiteten Lügen über das angeblich rücksichtslose Verhalten der deutschen Seestreitkräfte gegenüber den Besatzungen neutraler Schiffe dar.

Der Bericht, der vom Gerichtspräsidenten verlesen wurde, sagt u. a.: Die „Canadian Keeser“, die mit einer Ladung frischer Früchte von Haifa nach Glasgow unterwegs war, sei von einem deutschen U-Boot angehalten worden. Anweisungsgemäß habe sich der Kapitän der „Canadian Keeser“ im Boot zu dem deutschen U-Boot begeben. Nach Fragen über Ladung und Bestimmungsort des dänischen Schiffes habe der Kapitän des deutschen Bootes seinem Bedauern Ausdruck gegeben, daß er genötigt sei, die „Canadian Keeser“ wegen ihrer Bannaufladung zu versenken, eine Maßnahme, die einfach eine Wiedervergeltung der Methoden der Engländer sei. Der Besatzung der „Canadian Keeser“ sei eine halbe Stunde Zeit zum Verlassen des Schiffes gegeben worden. Der U-Boot-Kommandant habe auch gefragt, ob die Rettungsboote in Ordnung und mit brauchbaren Kompassen und aller sonstigen benötigten Ausrüstung versehen sei. Nachdem alle Mann in die Boote gegangen waren, in die auch Reserveproviand mitgenommen wurde, sei von dem U-Boot ein Torpedo gegen die „Canadian Keeser“ abgefeuert worden, der mittschiffs in die Maschine traf und ein großes Loch in die Steuerbordseite gerissen habe. Nach viereinhalb Stunden in den Rettungsbooten sei die Mannschaft der „Canadian Keeser“ von einem spanischen Trawler aufgenommen und nach La Coruna gebracht worden.

